

Antrag

der Abgeordneten Oliver Krischer, Bärbel Höhn, Annalena Baerbock, Julia Verlinden, Uwe Kekeritz, Marieluise Beck (Bremen), Katja Dörner, Katharina Dröge, Harald Ebner, Dr. Thomas Gambke, Matthias Gastel, Kai Gehring, Anja Hajduk, Dieter Janecek, Sven-Christian Kindler, Maria Klein-Schmeink, Stephan Kühn (Dresden), Markus Kurth, Steffi Lemke, Dr. Tobias Lindner, Peter Meiwald, Irene Mihalic, Beate Müller-Gemmeke, Dr. Konstantin von Notz, Cem Özdemir, Lisa Paus, Tabea Rößner, Claudia Roth (Augsburg), Corinna Rüffer, Elisabeth Scharfenberg, Ulle Schauws, Dr. Harald Terpe, Markus Tressel, Beate Walter-Rosenheimer und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Klimakonferenz in Warschau – Ohne deutsche Vorreiterrolle kein internationaler Klimaschutz

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die internationale Klimakonferenz COP 19 in Warschau wurde von den schrecklichen Ereignissen auf den Philippinen überschattet. Den Menschen auf den Philippinen gilt unsere Solidarität. Die Natur hat wieder einmal gezeigt, wie schutzlos Menschen ihr ausgeliefert sind. Bei einem einzelnen Wirbelsturm lässt sich nicht sagen, ob ein Zusammenhang mit dem Klimawandel besteht. Es spricht aber viel dafür, dass Wirbelstürme durch die Erderwärmung heftiger und zerstörerischer werden. Deswegen müssen wir Katastrophen wie auf den Philippinen vorbeugen und Klimaschutz ernster nehmen. Die philippinische Delegation in Warschau hat deutlich gemacht, dass sie internationale Hilfe zum Aufbau neuer Energiestrukturen auf regenerativer Basis erwartet. Deutschland sollte bei dieser Aufbauhilfe vorangehen. So kann zugleich ein wichtiger Beitrag zum Ausgleich von „loss and damage“, zur Klimafolgenanpassung und zum Klimaschutz geleistet werden.

Allen Solidaritätsbekundungen gegenüber den Philippinen auf der COP 19 zum Trotz folgte jedoch kein politisches Handeln. Die Klimakonferenz war geprägt von einer Ambitionslosigkeit der Staaten. Das Ergebnis der COP 19 ist nicht mehr als ein windelweicher Kompromiss. Als wirklicher Fahrplan für die Konferenz in Paris, wo 2015 ein neuer internationaler Klimavertrag mit Zielen zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes zur Begrenzung der Erderwärmung um 2 Grad beschlossen werden soll, taugt das Warschau-Ergebnis kaum. Die Festlegungen der CO₂-Minderungen der einzelnen Staaten, die Konkretisierung der bisherigen Finanzzusagen, die notwendigen, weiteren Vorarbeiten für eine Nachfolgeregelung des Kyoto-Abkommens – bei allen diesen Punkten wurden die substanziellen Fortschritte nicht erreicht. Da hilft es auch wenig, dass bei dem Instrument zur Erhaltung der Wälder (REDD) einige Erfolge erreicht werden konnten. Insbesondere Entwicklungsländer leiden schon heute unter den dramatischen Folgen des Klimawandels. Der ansteigende Meeresspiegel, die Ausbreitung der Wüsten und der

Verlust von Anbauflächen zur Ernährungssicherung bedrohen fast 200 Millionen Menschen. Gleichzeitig tragen die ärmsten Länder der Welt am wenigsten Schuld für den von Menschen verursachten Klimawandel.

Die unzureichenden Ergebnisse der COP 19 haben einmal mehr deutlich gemacht, dass der internationale Klimaschutz nur vorankommen wird, wenn sich Vorreiter zusammenschließen und im Sinne einer Klimapolitik der unterschiedlichen Geschwindigkeiten vorangehen, ohne auf den Letzten zu warten. Gute Beispiele aus Kommunen und Regionen, von Vorreiterstaaten und zivilgesellschaftlichen Akteuren müssen mehr Gewicht bei zukünftigen Klimakonferenzen erhalten.

Entscheidend ist außerdem, dass Vertrauen aufgebaut wird, insbesondere gegenüber den Staaten, deren CO₂-Ausstoß bisher am geringsten ist, die aber am meisten unter den Klimaveränderungen leiden. Vertrauen und Zusammenarbeit können aber nur entstehen, wenn die internationale Klimapolitik mehr ist, als die permanente Vertagung nötiger Entscheidungen in die Zukunft. Hier müssen alle Staaten – gerade auch Europa und Deutschland – in den nächsten Monaten liefern, u. a. durch einen klaren Aufwuchsplan zur Klimafinanzierung bis 2020 sowie durch ambitionierte Klimaziele bis 2020 und darüber hinaus.

Deutschland hat bei der Weltklimakonferenz in Warschau enttäuscht. Wer wie der amtierende Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Peter Altmaier, die Staaten insgesamt zu mehr Ambition auffordert, selbst aber in dieser Hinsicht nichts liefert und keine neuen Impulse setzt, schafft kein Vertrauen. Seine Rede hat vielmehr deutlich gemacht, dass Deutschland sich von seiner klimapolitischen Vorreiterrolle verabschiedet hat. Gefehlt hat die Ankündigung von konkreten Maßnahmen zur Klimapolitik einer nächsten deutschen Bundesregierung, wie zum Beispiel die Verabschiedung eines nationalen ambitionierten Klimaschutzgesetzes, der Einsatz für ehrgeizige europäische Klimaziele oder eine Initiative für eine grundlegende Reform des europäischen Emissionshandels.

Obwohl das deutsche Wort „Energiewende“ Eingang in andere Sprachen gefunden hat und die Welt gebannt auf das deutsche Modell schaut, bremst die Große Koalition in spe nun die Energiewende vollends aus. Gleichzeitig sind die CO₂-Emissionen Deutschlands durch einen Boom der Stromerzeugung aus Braun- und Steinkohle im Jahr 2012 und aktuell auch in 2013 gestiegen. Entsprechend wurde Deutschland auch im Klimaschutzranking der Nichtregierungsorganisation Germanwatch auf einen beschämenden Platz 19 herabgestuft. Das sind Signale von Deutschland, die jenseits aller Sonntagsreden in Warschau angekommen sind und ihren Beitrag dazu geleistet haben, Fortschritte im internationalen Klimaschutz zu blockieren.

Die COP 19 verdeutlichte, dass es der Bundesregierung in spe an Gestaltungskraft und politischem Willen fehlt, die Jahrhundertaufgabe des Klimaschutzes anzupacken und die Umstellung des Energiesystems verlässlich und bezahlbar voranzubringen. Eine Reform des europäischen Emissionshandels über eine nur vorübergehende Verknappung von Zertifikaten (Backloading) hinaus wird von ihr abgelehnt. Wider jede ökonomische Vernunft wird die Photovoltaik gedeckelt und die Windenergie an Land ausgebremst. Gleichzeitig diskutieren CDU/CSU und SPD über neue Subventionen für Kohlekraftwerke, statt sich um ein zukunftsfähiges Strommarktdesign zu kümmern, das den Ausbau der erneuerbaren Energien und den Betrieb der notwendigen flexiblen und klimafreundlichen Back-up-Kapazitäten in Form von Lastmanagement, Speichern und modernen Gaskraftwerken ermöglicht. Der Energieeffizienz scheint auch in der neuen Bundesregierung jenseits unverbindlicher Bekenntnisse weiter das Schicksal des Schattendaseins beschieden zu sein.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- in der Europäischen Union ein Reduktionsziel von mindestens 30 Prozent CO₂-Äquivalent bis 2020 und mindestens 55 Prozent CO₂-Äquivalent (im Vergleich zu

1990) sowie anspruchsvolle Ziele für den Ausbau der erneuerbaren Energien und die Energieeffizienz bis 2030 zu verankern;

- den Emissionshandel als Hauptinstrument des Klimaschutzes in Europa zu stärken und hierzu insbesondere die Einführung einer Preisuntergrenze („floor price“) sowie die dauerhafte Marktverknappung („set aside“) zu verfolgen;
- die nationale Minderungsverpflichtung in Form von Klimaschutzzielen bis zum Jahr 2050 in einem Klimaschutzgesetz deutlich anzuheben, verbindlich festzulegen und Sanktionen bei Zielverfehlung vorzusehen, um den europäischen und globalen Prozess glaubwürdig zu untermauern;
- sich mit angemessenen Zusagen für die internationale Klimafinanzierung zu verpflichten und sich für einen verbindlichen Aufwuchspfad für die Klimafinanzierung für die Jahre 2013 bis 2020 einzusetzen;
- umwelt- und klimaschädliche Subventionen abzubauen, um bestehende Fehlanreize zu beseitigen und einen Beitrag zur Unterstützung und Finanzierung der Energiewende zu leisten;
- den Ausbau der erneuerbaren Energien – vor allem der kostengünstigen Photovoltaik und der Windenergie an Land – auf der Grundlage eines weiterentwickelten Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) nicht einzuschränken;
- eine solide und verlässliche Finanzierung von Energiewende und Klimaschutz als Klimaschutzhaushalt im regulären Haushalt zu schaffen, statt der Fehlkonstruktion des massiv unterfinanzierten Energie- und Klimafonds;
- einen mit 3 Mrd. Euro ausgestatteten Energiesparfonds einzurichten, aus dem insbesondere eine verstärkte Energieberatung, die Förderung besonders sparsamer Geräte über Zuschüsse, die Einführung eines Klimawohngeldes und die energetische Sanierung, insbesondere in Wohnquartieren mit hohem Anteil einkommens- und investitionsschwacher Haushalte, finanziert werden;
- ein Strommarktdesign zu entwickeln, das passend zum Ausbau der erneuerbaren Energien durch Investitionsanreize für flexible Gaskraftwerke, Lastmanagement und Speicher (Kapazitätsmechanismen) Versorgungssicherheit, Klimafreundlichkeit, Kosteneffizienz und Flexibilität sicherstellt, statt Vorhalteprämien für sämtliche konventionelle Kraftwerke zu zahlen oder planwirtschaftliche Kraftwerksreserven vorzuhalten;
- Verbesserungen im Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz vorzunehmen, um die hocheffiziente Kraft-Wärme-Kopplung auf 25 Prozent im Jahr 2020 zu steigern;
- Mindestwirkungsgrade für fossile Kraftwerke festzusetzen und den Aufschluss neuer Braunkohle Tagebaue durch eine Novelle des Bergrechts auszuschließen;
- die Energieforschung neu auszurichten und 500 Mio. Euro zusätzlich in die Erforschung von Speicher-, Netztechnologien und erneuerbaren Technologien zu stecken.

Berlin, den 27. November 2013

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion

